



Gemeinsame Stellungnahme zum 1.7.2020

Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus

Jeden zweiten Tag wurde im vergangenen Jahr in Deutschland eine Moschee oder muslimische Gebetsstätte aus islamfeindlicher Motivation heraus angegriffen. Das geht aus einer [Stellungnahme der Bundesregierung](#) zu einer [großen Anfrage im Bundestag](#) hervor. 184 Fälle werden für das Jahr 2019 aufgeführt. Da Beratungs- und Meldestellen den Betroffenen häufig unbekannt sind, ist zudem von einer wesentlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Auch die Zahl der rassistisch motivierten gewalttätigen Übergriffe auf Muslim*innen steigt weiter an; für 2019 stieg die Zahl islamfeindlich-motivierter Straftaten insgesamt [um 4,4% auf 950 Fälle](#).

Dass antimuslimischer Rassismus tödliche Folgen haben kann, wurde uns im Februar diesen Jahres mit dem rassistisch motivierten Terroranschlag in Hanau vor Augen geführt. Der Hass, den der Täter Muslim*innen und jenen, die sie für solche halten, entgegenbringen, ist eine ernstzunehmende Bedrohung. Daran, dass es eine gemeinschaftliche Verantwortung der Gesamtgesellschaft ist, diesem Hass entschlossen entgegen zu treten, soll der Tag gegen antimuslimischen Rassismus erinnern:

Vor elf Jahren am 1. Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini im Landgericht Dresden ermordet. Sie nahm an diesem Tag an einer Verhandlung gegen einen Mann teil, der sie ein Jahr zuvor auf einem Spielplatz rassistisch beleidigt und unter anderem als „Terroristin“, „Islamistin“ und „Schlampe“ beschimpft hatte. Nach der Verhandlung stach der Verurteilte die schwangere 32-jährigen Pharmazeutin tödlich nieder. Ihr Ehemann, der ihr zu Hilfe eilen wollte, wurde von einem hinzugerufenen Polizisten angeschossen, da dieser ihn für den Angreifer hielt.

Der Mord an [Marwa El-Sherbini](#) wurde zu einem schmerzlichen Symbol für die Folgen, die antimuslimischer Rassismus haben kann. Was mit Beleidigung und Abwertung beginnt, kann in manchen Fällen tödlich für die Betroffenen enden. Als [Tag gegen antimuslimischen Rassismus steht der 1. Juli](#) seither dafür, entschieden für eine solidarische, demokratische, freiheitliche und multireligiöse Gesellschaft einzutreten. Widerspruch gegen rassistisches Denken und Handeln beginnt jedoch nicht erst da, wo Leib und Leben in Gefahr sind. Als Fachstellen, deren Anliegen die Förderung und Verteidigung eines pluralen und demokratischen Zusammenlebens ist, treten wir jedweder Form von menschenverachtendem Sprechen und Handeln entschlossen und engagiert entgegen. Diverse [Umfragen](#) und [Studien](#) belegen, dass sich [antimuslimische Einstellungen](#) in Deutschland seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau bewegen. Das hat Auswirkungen auf das alltägliche Leben von Muslim*innen in diesem Land. Rassistische Bilder schlagen sich in konkret erlebter Diskriminierung in vielen Lebensbereichen, etwa am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt und in tagtäglichen Herabwürdigungen nieder. Frauen trifft Diskriminierung aufgrund antimuslimischer Einstellungen besonders, vor allem wenn sie sich durch ihre Kleidungspraxis als Musliminnen zu erkennen geben. [76%](#) der verbalen und körperlichen Gewaltdiskriminierungen, die

im Bereich der Öffentlichkeit und Freizeit stattfinden, werden von Frauen berichtet, die ein Kopftuch tragen.

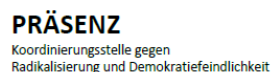
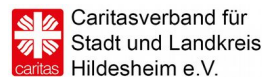
Als Beratungs- und Fachstellen gegen religiös begründete Radikalisierung ist das Eintreten für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller und das Aufstehen gegen antimuslimischen Rassismus ein zentrales Anliegen unserer Arbeit.

Akteur*innen religiöser Strömungen mit antidemokratischer Grundhaltung [instrumentalisieren die Diskriminierungserfahrungen junger Menschen](#), die auf der Suche nach Identität und Zugehörigkeit sind. Sie schaffen Angebote für den Umgang mit Ablehnung muslimischer Identitäten. Der Erfolg solcher demokratiefeindlichen und autoritären Bewegungen und die Attraktivität, die sie für einige Jugendliche darstellen, müssen insbesondere auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Situationen, in denen sie entstehen, betrachtet werden.

Wenn wir antimuslimischen Rassismus thematisieren, Diskriminierungserfahrungen ernst nehmen und uns authentisch dagegen positionieren, können wir ein Gegengewicht gegen Erzählungen der Selbstaufwertung und Fremdadwertung dieser Strömungen schaffen. Wir können ein WIR kreieren, das alle einschließt und daran arbeiten, diese Teilhabe auch zu verwirklichen. Hier gilt es, Möglichkeitsräume der Anerkennung für junge Menschen auf der Suche nach Identität und Sinn zu schaffen und so Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Der Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus anlässlich des 1. Juli ist ein erster wichtiger Schritt dafür. Die bundesweiten Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Aktionswoche geben Interessierten die Möglichkeit, mehr zu erfahren, sich zu begegnen und Barrieren und Stereotype abzubauen. Infos und Hinweise dazu sind auf [#allianzgegenhass](#) zu finden.

Wir treten entschieden gegen antimuslimischen Rassismus und jede andere Form der Selbsterhöhung und Menschenfeindlichkeit ein. Gemeinsam streiten wir für die Anerkennung von Vielfalt und Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft!



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor*in bzw. tragen die Autor*innen die Verantwortung.